

„Dieselgate“-Ausschuss muss noch einmal ran

VW-ABGAS-SKANDAL

22. April 2016



Katrin Jadin als Vorsitzende des Sonderausschusses zum VW-Abgas-Skandal | Foto: Photo News

In der Plenarsitzung der Kammer am Donnerstag sind die über 50 Empfehlungen der Sonderkommission zum VW-Abgasskandal („Dieselgate“) überraschend zurück in den zuständigen Ausschuss verwiesen worden. Hintergrund sind Aussagen der Ausschussvorsitzenden Katrin Jadin.

Von Christian Schmitz

An dem Endbericht der Kommission war zuvor monatelang gefeilt worden, bevor er einstimmig grünes Licht erhalten hatte. Den Vorsitz des Ausschusses hatte die ostbelgische Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) übernommen. Vor der Sitzung am Donnerstag im Parlament hatte Jadin in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Soir“ die Verständigung zwischen Volkswagen und den US-Behörden auf Grundzüge

einer Lösung im Abgas-Skandal kommentiert. Wie es heißt, sollen die Besitzer in den USA 5.000 Dollar als Wiedergutmachung erhalten. Man könne feststellen, so Jadin, dass VW aufgrund der strengeren Gesetzgebung in Amerika unterschiedlich vorgehe: „Der geschädigte Konsument in den USA wird besser behandelt als in der EU. Aufgrund der bestehenden juristischen Mittel in Europa kann der Kunde wohl nicht mit der gleichen Abfindung rechnen“, fasste die Abgeordnete ihren Standpunkt auch noch einmal gegenüber dem GrenzEcho zusammen. Genau das habe sie auch in dem „Soir“-Gespräch zum Ausdruck bringen wollen. Deshalb sei es wichtig, nicht nur die bestehende Gesetzgebung zu den Sammelklagen („Class-Action“-Verfahren) zu hinterfragen – dies gehört ebenfalls zu den gemachten Empfehlungen –, sondern in der EU für Kunden die gleichen Entschädigungsmöglichkeiten wie in den USA vorzusehen.

Die Oppositionsparteien nahmen die Aussagen der Ausschussvorsitzenden zum Anlass, um eine zusätzliche Forderung zu stellen: Demnach wird die Regierung aufgefordert, sich für die gleiche Entschädigung von VW-Kunden nach dem Vorbild der USA einzusetzen. Allerdings sei die Regierung dafür der falsche Ansprechpartner, findet die ostbelgische Politikerin. Dies könne man auch nicht direkt von VW verlangen, sondern müsse über eine eventuelle Änderung der entsprechenden Rechtsmittel in Belgien und der EU gehen.